

FDP
Die Liberalen



SCHAFFHAUSER FREISINN

Schaffhausen	2/3/4	Unter Freisinnigen	11	Leidenschaft in der Politik	16	Abstimmungen	18/19/20/21
Jungfreisinnige	6/7	Delegiertenversammlung	12/13	Positionspapier	17	Volksinitiative	23

12. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Schaffhausen

Inhalt

EU-Politikerin in der Schweiz

Anlässlich des Europatages besuchte mit Silvana Koch-Mehrin auch eine EU-Abgeordnete Bern. Beim anschliessenden Austausch mit Carmen Walker Späh, Christa Markwalder und Claudine Esseiva diskutierten die FDP Frauen über gemeinsame Herausforderungen und tauschten Erfahrungen aus.

Seite 5

Angriff von allen Seiten

Der Schweizer Finanzplatz steht unter Druck. Diskussionen um den automatischen Steueraustausch sind an der Tagesordnung, neue Abkommen mit unterschiedlichen Ländern werden laufend ausgehandelt. Die FDP bleibt in dieser hektischen Situation ruhig und steht zu ihren Forderungen zur Weissgeldstrategie aus den Jahren 2009 und 2010. Für einen sauberen und starken Finanzplatz Schweiz.

Seite 11

Bewährtes nicht aufs Spiel setzen

Soll das Volk den Bundesrat direkt wählen? Oder droht so ein Dauerkampfkampf, eine Regierung, die sich nur um die eigene Wiederwahl kümmert? Mit grossem Mehr sprachen sich die Delegierten in Baden gegen die Volkswahl aus. Eine Auffassung, die auch unsere Parlamentarier teilen.

Seiten 20 bis 21

Vom Sprung ins kalte Wasser und den Wochen danach

**Harald Jenny, Präsident
FDP Kanton Schaffhausen**

Am 3. April 2013 wurde ich nach einer Vorlaufzeit von nur gerade 3,5 Wochen ins Amt des Präsidenten der FDP Schaffhausen gewählt – ohne vorher im Vorstand mitgearbeitet zu haben. Die FDP-Mitglieder bewiesen mit dieser Wahl Mut und entschieden sich, einem Parteimitglied das Steuer anzuvertrauen, das bisher hauptsächlich durch aufmerksames Beobachten des Politgeschehens aufgefallen war. Der 3. April hat in der Tat in meinem beruflichen und privaten Alltag einiges verändert – die Arbeitstage sind seit diesem Datum noch länger geworden, die Nächte entsprechend kürzer, wie es sich für ein solches Amt gehört. Speziell waren die Tage nach der Wahl. Einem Kaltstart gleich sprintete ich von einem Medientermin zum andern, jeder wollte das ultimative Geheimrezept für den künftigen Erfolg der FDP des Kantons Schaffhausen wissen, und wenn man nicht aufpasste, lag man 1-2-3 im Graben.

Unterdessen ist der Hype abgeklungen, und es gab erste wichtige Sitzungen mit dem Gesamtvorstand und einzelnen Vorstandsmitgliedern, die es mir erlaubt haben, etwas Struktur in meine Gedanken zu bringen. Was

also ist zu tun? Wie ein roter Faden zieht sich die Erkenntnis durch die vielen Gespräche, dass der Freisinn eine grosse Chance hat, wieder Boden gutzumachen. Dafür muss der Freisinn den liberalen Ansatz erneut zur Richtschnur für die Bewertung der mannigfaltigen Fragestellungen machen, die in den kommenden Jahren auf uns zukommen. In der Einladung zur Parteiversammlung habe ich bereits von einer Rückbesinnung auf die liberalen Werte gesprochen. Das, was den Aufschwung, die Stabilität und den Wohlstand der Schweiz möglich machte, rückt heute wieder in den Fokus des Interesses: die Verantwortung des Einzelnen für eine ausgewogene Weiterentwicklung der Gesellschaft anstelle eines ausländerfeindlichen Egoismus. Ausdruck dieser Verantwortung ist das FDP-Positionspapier «Aktionsplan für eine pragmatische Einwanderungspolitik».

Sodann ist der Bundesratswahlpopulismus zu nennen. Liberal zu denken heisst hier, ein gesundes Augenmass für die ausgewogene Verteilung der Volksrechte zu bewahren und den bei der Bundesratswahl bis heute bewährten Föderalismus und die Verantwortung des Parlamentes nicht leichtfertig der Effekthascherei und dem Wahlspektakel zu opfern. Das liberale



Harald Jenny, Präsident

Dr. phil. II/Physiker
Jg. 1960, Gächlingen
Unternehmer, Mitglied Regional-
konferenz Südanden

Denken hilft auch bei der klaren Einschätzung der verschiedenen Umverteilungsanliegen. Wer nur ein klein wenig Einblick in die internationalen Märkte hat, weiss, dass eine funktionierende Marktwirtschaft das A und O für den Erhalt von Arbeitsplätzen ist und dass ein Mindestlohn oder eine 1:12-Regelung der Anfang vom raschen Ende der Wettbewerbsfähigkeit sind.

Ein richtig verstandener Liberalismus und der Wille zur Eigenständigkeit werden die SchweizerInnen davon

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

abhalten, die für die Wahrung der Handlungsfähigkeit in Krisensituationen existenzielle Wehrpflicht leichtfertig aus der Hand zu geben. Nur wer in der Lage ist, sich bedrohungsgerichtet zu schützen, wird respektiert und anerkannt.

Was bedeutet das alles für uns als FDP Schaffhausen? Wir sind von den Entscheiden auf nationaler Ebene als Grenzregion überproportional betroffen und tun deshalb gut daran, in Schaffhausen wieder konsequent liberal zu handeln und zu wählen. Damit dies möglich wird, müssen wir unsere eigenen Hausaufgaben machen. Dazu gehören, gemäss einer ersten Auslegung des Kantonalvorstands, folgende fünf Bereiche.

Erstens: Wir brauchen eine aktive Personalplanung. Nur wenn die Arbeit wieder auf mehr Schultern verteilt ist, kommen wir vorwärts. Zweitens: Wir müssen die liberale Strategie für den Kanton in konkrete Worte fassen. Nur wer klare Ziele hat, kann sie auch erreichen. Drittens: Wir müssen die bürgerliche Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg wieder stärken. Nur wer gemeinsam unterwegs ist, ist letztlich erfolgreich. Viertens: Wir müssen die für die Zielerreichung erforderlichen Mittel beschaffen. Nur mit genügend Benzin im Tank kann der Autofahrer die einzelnen Etappenziele erreichen. Und fünftens: Wir müssen in der Öffentlichkeit wieder mehr sichtbar sein. Vertrauen schafft nur, wer sich exponiert und Stellung bezieht. Überzeugt liberal zu denken, heisst auch, überzeugt liberal zu kommunizieren und zu handeln.

Es gibt dieses Jahr einen wichtigen Anlass, wo sich die Mitglieder der FDP Schaffhausen zusammenfinden und sich der Öffentlichkeit stellen: Samstag, 14. September. Am Wochenende vor der Abstimmung über die Wehrpflichtinitiative wird der diesjährigen Reiatagung eine besondere Bedeutung zukommen. Ich lade Sie deshalb zur Teilnahme an diesem Anlass ein. Herzlichen Dank, dass Sie sich für unseren Kanton und unsere Region aktiv und liberal engagieren! Teilen Sie mir Ihre Anliegen mit, ich freue mich darauf!
harald.jenny@sicoa.ch

Mehr Mut zu einem klar erkennbaren Liberalismus

Walter Joos

Ziel eines neuen Aufbruchs der FDP des Kantons Schaffhausen ist ein verstärktes Bekenntnis zu einem klar erkennbaren Liberalismus. Die Partei will den nach wie vor sehr zahlreich vorhandenen Persönlichkeiten in unserer Region, die sich als klassische Liberale verstehen, wieder eine Heimstatt bieten. Durch regelmässige Stellungnahmen sowie eine aktive politische Koordination innerhalb des bürgerlichen Lagers will die FDP als klassische liberale Partei in vermehrtem Masse Flagge zeigen.

Die FDP muss als eine dem Rechtsstaat und der individuellen Freiheit verpflichtete Gruppierung erkennbar sein. Die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze und der Schutz der individuellen Freiheit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens müssen als liberale Grundsätze auf erkennbare Weise durchgesetzt werden.

Das Wählerpotenzial der FDP – es liegt auch im Kanton Schaffhausen zwischen 20 bis 25 Prozent – wurde in den vergangenen Wahlen mangels klar erkennbarer Ziele nur in einer unzureichenden Weise ausgeschöpft. Während einer gewissen Zeit wurde das seit längerer Zeit im Untergrund schwelende Problem durch ein geschicktes Marketing sowie durch die unübersehbare zunehmende Sozialdemokratisierung bei den anderen bürgerlichen Parteien verdeckt.

In der jüngsten Vergangenheit wurde aber immer offensichtlicher, dass die FDP keine liberale Partei im klassischen Sinne mehr ist. Eines der Ziele des neuen Aufbruchs innerhalb der FDP des Kantons Schaffhausen besteht deshalb darin, die Mitglieder, die sich als klassische Liberale verstehen, zu einen. Durch inhaltliche Stellungnahmen sowie aktive politische Koordination will die FDP erreichen, dass sie wieder als Hort eines richtig verstandenen Liberalismus wahrgenommen wird. Der Liberalismus ist die einzige politische Gesinnung, die



Walter Joos

letztlich dem Wohle aller, das heisst nicht nur den besonders begüterten Schichten, dient. Leider ist es jedoch der FDP bislang nicht gelungen, diese Tatsache glaubwürdig in der Tagespolitik sichtbar zu machen. Unser Problem besteht darin, dass wir wieder mehr Menschen und Amtsträger benötigen, die sich an die liberalen Grundsätze halten.

Die FDP muss als Rechtsstaatspartei erkennbar sein, deren höchster Grundsatz die individuelle Freiheit ist. Wir machen – wie verschiedene Beispiele belegen – seit den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts mehr und mehr Zugeständnisse an den Kollektivismus und das materielle Gleichheitsdenken. Diese Zugeständnisse sind auch die Ursache dafür, dass wir uns heute kaum mehr trauen, eine Schweiz der individuellen Freiheit zu fordern und als Amtsträger entsprechend zu handeln.

Individuelle Freiheit heisst, dass wir nicht in zunehmendem Masse vom Staat «verwaltet» werden, sondern unsere Verantwortung unabhängig von der nötigen Willkür Dritter wahrnehmen können. Die individuelle Freiheit bedarf auf der staatlichen Ebene eines verstärkten Respekts und eines entsprechenden Schutzes. Durch klare Regeln muss sichergestellt werden, dass jeder Mensch – sei er nun Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, bürgerlicher oder

proletarischer Herkunft, reich oder arm – frei leben kann.

Der Staat ist nicht dazu da, zweifelhafte Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen durch fragwürdige Zwänge umzusetzen. Der Staat hat lediglich dafür zu sorgen, dass die unterschiedlichen Vorstellungen von Glück und Wohlfahrt nebeneinander bestehen können. Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen entsprechen ausschliesslich individuellen Lebensführungsprogrammen. Kein Mensch, keine Gruppe, keine noch so demokratisch gewählte Mehrheit und auch kein Staat hat deshalb das Recht, Menschen zu zwingen, auf eine bestimmte Art und Weise glücklich zu sein.

Wenn die FDP dauerhaft ihr Wählerpotenzial von 20 bis 25 Prozent erschliessen will, dann muss sie sich der herrschenden freiheitsfeindlichen Politik mit Entschlossenheit entgegenstellen und den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern wieder vermehrt die Verantwortung für eine individuelle Gestaltung ihres Lebens übertragen. Denn die herrschende Politik und die meisten staatlichen Institutionen dürfen nicht der Herrschaft des Gesetzes im Sinne allgemeiner und abstrakter Regeln folgen. Die individuelle Freiheit für alle Bürger eines Gemeinwesens und damit die gleiche Freiheit für alle, darf nicht mehr und mehr auf der Strecke bleiben.

Sollte sich die FDP wieder zu einer Partei von Menschen entwickeln, die konsequent liberale Grundsätze im tagespolitischen Geschäft anwenden und umsetzen, dann hätte sie erneut ein dauerhaft glaubwürdiges Alleinstellungsmerkmal und eine Attraktivität, an der sich alle anderen Parteien die Zähne ausbeissen würden. Dann wäre die FDP eine Rechtsstaatspartei im umfassenden Sinne und in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Deshalb wollen wir im Rahmen unseres Aufbruchs aktiv dazu beitragen, dass sich die FDP wieder zu einer erkennbaren liberalen Gruppierung zum Wohle unseres Kantons entwickelt.

Die «Milchkuh-Initiative» schafft eine faire Verkehrsfinanzierung

Die Autofahrer sind die Milchkuhe der Nation. In der Politik gehört die Zweckentfremdung ihrer Abgaben zur Tagesordnung. Dadurch werden allerlei Projekte quersubventioniert und die Strassenbenützer müssen immer mehr bezahlen. Die «Milchkuh-Initiative» schiebt einen Riegel und stärkt die Rechte der Autofahrer.

Alain Illi, Vizepräsident Jungfreisinnige Schweiz und Initiant der «Milchkuh-Initiative»

Seit den Sechzigerjahren haben sich die Abgaben für die Autofahrer mehr als versechsfacht. Heute liefern die Strassenbenützer jährlich rund 9,5 Milliarden Franken beim Bund ab. Trotzdem stehen sie im Stau. Der Grund ist einfach: Das Geld wird zweckentfremdet. Es wird nur teilweise zum Unterhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt. Ein beachtlicher Teil versickert auf nebulösen Wegen in der Bundeskasse.

Das trifft nebst den Unternehmen, die weniger investieren können, auch die Bürger: Vier von fünf Haushalten verfügen über ein Fahrzeug und werden somit von jeder Kosten-erhöhung direkt getroffen.

Demokratische Rechte stärken

Die Politiker haben längst erkannt, dass ihnen im Strassenverkehr eine Riesenherde «Milchkuhe» schutzlos ausgeliefert ist. Darum wird gemolken, was das Zeug hält: Klimarappen, Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer, Motorfahrzeugsteuer. Die Preisentwicklung zeigt konsequent nach oben. Ein aktuelles Beispiel ist die Verteuerung der Autobahnvignette auf 100 Franken ab 2015.

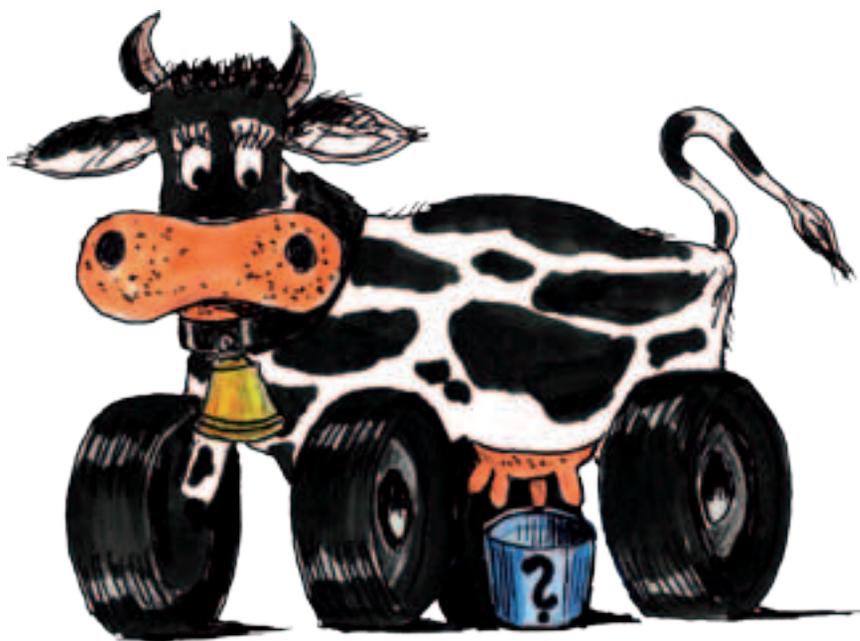
Das beste Mittel gegen über-rissene Abgaben und Steuern sind direktdemokratische Mit-spracherechte. Überall, wo der

Souverän eingreifen kann, verhalten sich Politiker zurückhaltender und politisieren näher am tatsächlichen Volkswillen. Darum sieht die Initiati-

ve als erste zentrale Forderung eine Stärkung der Volksrechte vor: Künftig werden alle neuen Steuern, Gebühren und Abgaben im Individualverkehr

dem fakultativen Referendum unterstellt. Die Milchkuhe können somit jederzeit «Muh» oder «Buh» sagen, wenn die Politiker wieder zum Melken ansetzen.

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»



www.milchkuh-initiative.ch

Zweckbindung der Einnahmen durch Verursacherprinzip

Das zweite Anliegen der Initiative betrifft die Zweckbindung der Einnahmen aus dem Strassenverkehr. Der Bund muss das Geld der Strassenbenützer vollumfänglich für den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur einsetzen. Das hat einen wichtigen Vorteil: Damit wird erreicht, dass die Autofahrer nur noch so viel bezahlen, wie für die von ihnen genutzte Infrastruktur tatsächlich gebraucht wird. Oder anders gesagt: Die Politiker können die Autofahrer nicht mehr für Projekte zur Kasse bitten, die keinen Bezug zum Verkehr haben. Dadurch werden undurchsichtige Quersubventionen unterbunden und das Verursacherprinzip wiederhergestellt.

Jungfreisinnige unterstützen die Initiative

Die Initiative war eines der wichtigsten Traktanden des diesjährigen Kongresses der Jungfreisinnigen Schweiz. Nach ausführlicher Diskussion hat sich die Basis für die Unterstützung der «Milchkuh-Initiative» ausgesprochen. Damit sind die Jungfreisinnigen die erste Partei, die das Volksbegehren für eine faire Verkehrsfinanzierung unterstützt.

Interview mit Harald Jenny

«Die Schweiz darf nicht auseinanderdriften»

Vor wenigen Wochen hat Harald Jenny die Präsidentschaft der FDP Schaffhausen übernommen. Wer ist dieser Mann, und welches sind seine Motivationen?

Peter Hartmeier

Wann haben Sie zum ersten Mal gedacht, dass Sie das Amt des Präsidenten der FDP reizen würde?

Das liegt bereits einige Zeit zurück und war nur ein Blitzgedanke: Während jener Parteiversammlung, in der wir über unsere Wahniederlage nachdenken und reden mussten. Damals habe ich für eine Sekunde gedacht, dass ich eigentlich dabei sein möchte, wenn es darum geht, dieser Partei zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen. Die FDP ist wichtig für Schaffhausen und für das ganze Land: Die Schweiz darf nicht noch weiter auseinanderdriften – und dazu brauchen wir eine starke, integrative liberale Kraft.

Sind Sie bereits im Elternhaus politisch geprägt worden?

Politisch ja, parteipolitisch nicht: Mein Vater ist ein parteiunabhängiger Liberaler, ein mittlerweile pensionierter Gymnasiallehrer für Deutsch und Geschichte. Die Familie meiner Mutter stammt aus Schlesien und hat den Zweiten Weltkrieg hautnah miterlebt.

Sie haben sich dann für ein Physik-Studium entschieden; Physiker gelten nicht erst seit Angela Merkel als intelligent, auch in der Politik...

Das Physik-Studium erlaubt einem tatsächlich in eine analytische Tiefe einzutauchen – aber natürlich würde ich mich nie mit Angela Merkel vergleichen. Mein Doktorvater versuchte, mich für eine wissenschaftliche Uni-Karriere zu gewinnen; zu seinem Leidwesen entschied ich mich für eine Industrielaufbahn.

Und dabei haben Sie Ihr politisches Interesse entdeckt?

Vor der Entdeckung des politischen Interesses stand die Notwendigkeit, mit der Öffentlichkeit zu kommuni-

zieren. Als die Alusuisse verkauft wurde, mussten wir gegenüber Mitarbeitern, Gesellschaft und Politik Stellung nehmen und argumentieren. In dieser Phase wurde ich sensibilisiert für die berechtigten Informationsbedürfnisse der Öffentlichkeit. Dieser Lebensabschnitt hat mich auch politisch geprägt. Als IVS-Präsident von 2001 bis 2006 konnte ich diese Erfahrungen vertiefen.

Wie beurteilen Sie Ihre berufliche Karriere?

Bei Alusuisse, gerade auch in Neuhausen, hatte ich die anspruchsvolle Phase in meiner Berufslaufbahn: Ich verstand mich damals als «Intrapreneur» – als Unternehmer im Unternehmen. Zudem war die Durchführung von Entlassungen, insgesamt über 100 Stellen in der Schweiz und in England, extrem anspruchsvoll. Ich unterscheide jeweils zwischen «anspruchsvoll» und «schwierig»: Die schwierigste Phase meines Berufslebens fällt in den Aufbau meiner eigenen Firma während der letzten acht Jahre.

Und wie lautet Ihre Selbsteinschätzung aufgrund dieser Erfahrung?

Ich schätze Situationen, in denen gestaltet werden kann, die nach Aufbauarbeit rufen. Ich bin gerne dort, wo etwas entsteht. Der Lehrgang «Innovationsmanagement», den ich entwickelt habe, ist ein solches Beispiel.

Was kann die FDP von ihrem Präsidenten erwarten?

Ich bin überzeugt vom liberalen Denkansatz. Die FDP ist für mich in erster Linie liberal und nicht rechts oder links zu orten, sondern sie ist für mich ein Leuchtturm – gesellschaftspolitisch eher progressiv und offen für Veränderungen und in der Wirtschaftspolitik klar marktwirtschaftlich ausgerichtet. Ich werde intensiv



Peter Hartmeier

Publizist und Berater, Partner Lemongrass Communications AG, Vorstandsmitglied FDP SH

arbeiten, ziehen und schieben – und nicht ruhen, bis die Partei ihren Platz in der Gesellschaft wieder zurückgewonnen hat.

A propos Gesellschaftspolitik: Die FDP tut sich schwer mit Frauen; sie gilt nicht nur in Schaffhausen, sondern beispielsweise auch in Zürich als Männerpartei.

Wir haben hier offensichtlich ein Problem. Wie wir das lösen sollen, weiss ich noch nicht. Ich kann nur sagen, dass ich beispielsweise bereits vor über 15 Jahren konsequent in meinen Verantwortungsbereichen Männer und Frauen gleich bezahlt habe. Meine Haltung ist hier eindeutig – bestärkt natürlich auch durch meine beiden mittlerweile erwachsenen Töchter. Immerhin hat die FDP Schaffhausen eine Frau als Fraktionspräsidentin. Das ist ein sehr guter Anfang!

Was kann die FDP vom Erfolgsmodell SVP lernen?

Zuerst einmal: die FDP darf die SVP weder kopieren noch in Ehrfurcht erstarren. Innerhalb der klaren bürgerlichen Mehrheit in unserem Land gibt es für zwei bürgerlich ausgerichtete

Parteien genügend Platz. Es gibt wichtige Schnittmengen, wo wir gemeinsam arbeiten – und es gibt klare Unterschiede, die wir in aller Freundschaft selbstbewusst betonen.

Wie kommentieren Sie das Erfolgsmodell Thomas Minder?

Thomas Minder hat es geschafft, den Widerwillen gegenüber gewissen Managern in breiten Bevölkerungskreisen zu einem politischen Programm zu machen. Das gilt es anzuerkennen. Aber damit ist der Schweiz noch nicht wirklich geholfen. In einem kleinen Kanton wie Schaffhausen ist der Dialog sehr wichtig. Herr Minder und ich haben bereits damit begonnen.

Die Jungfreisinnigen sind in der eigenen Partei umstritten; wie gehen Sie da vor?

Zuerst einmal: Es ist grossartig, über so talentierten Nachwuchs zu verfügen! Hier artikulieren sich die zukünftigen eidgenössischen Parlamentarier, Stadt- und Regierungsräte und Parteipräsidenten. Mit diesem Respekt führe ich die aktive Diskussion – denn nur in der internen politischen Auseinandersetzung wächst die Reife für wichtige politische Ämter.

Wie lautet die Prioritätenliste für die nächsten zwölf Monate?

Zunächst geht es um Personalplanung. Wir wollen herausfinden, wer innerhalb und (noch) ausserhalb der Partei gewillt, interessiert und bereit ist, die FDP mit in die Zukunft zu tragen. Dann Überarbeiten wir unsere Strategie. Dieser Prozess ist schon angestossen. Und gleichzeitig werden wir an der Öffentlichkeit wieder vermehrt sichtbar. Nur wer gesehen wird und bekannt ist, kann nachhaltig mitreden und mitgestalten.

Harald Jenny, besten Dank für das Gespräch.